Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 06/54. Jahrgang | Juni 2023 | Schutzgebühr: 0,40 €

Demokratie und Antifaschismus

Am 08.10.2023 sind wieder einmal Landtagswahlen in Hessen. Die Musikgruppe *Schmetterlinge* textete in ihrer Proletenpassion 1976 „Es ist uns nicht genug, in jedem vierten Jahr ein Kreuzchen zu malen.“ An dieser Ansicht hat sich bei uns Kommunisten nichts geändert. Aber wir müssen um die bürgerlichen Freiheiten kämpfen, weil die bürgerliche Demokratie immer wieder von den Bürgerlichen infrage gestellt wird. Aktuelles Beispiel ist der Entwurf des Hessischen Versammlungsfreiheitsgesetzes (HversFG). In bester orwellscher Manier wird eine massive Beschränkung der Versammlungsfreiheit, als „größtmögliche Versammlungsfreiheit und bestmöglicher Schutz“ verkauft. Der Polizei werden mehr Befugnisse gegeben und die "Gefahrenabwehr" steht immer über der Versammlungsfreiheit.

Die Verquickung von Geheimdiensten und dem NSU ist mittlerweile gut dokumentiert. Hessen spielte im Komplex NSU eine zentrale Rolle. 2006 wurde Halit Yozgat in Kassel erschossen. Der damalige Verfassungsschützer Andreas Temme war am Tatort. 2007 stellte das Landesamt für Verfassungsschutz ein Disziplinarverfahren gegen ihn ein. Der damalige hessische Innenminister Volker Bouffier (CDU) lehnte die Befragung von V-Leuten ab. Bürgerliche Demokraten fordern jetzt eine Optimierung der Geheimdienste, neue Dienstvorschriften, bessere Schulung der Mitarbeiter usw. Dabei übersehen sie eins: Die Aktionen der Geheimdienste sind kein Versehen, sondern ihre Hauptaufgabe. Operationen durchführen, von denen die Regierung offiziell nichts weiß. Wir leben in einer Klassengesellschaft und die Geheimdienste haben die Hauptfunktion, die Herrschaft der Reichen zu sichern.

Wir als DKP wollen Widerstand gegen die Zerstörung der bürgerlichen Demokratie organisieren.

Es geht darum, die reaktionären Polizeigesetze wie in NRW, aber auch in Hessen durch Proteste zu verhindern. Die Akten der Geheimdienste müssen herausgegeben werden und durch ein unabhängiges Gremium, bestehend aus z. B. Gewerkschaften und Bürgerrechtsgruppen usw. untersucht werden. Da die Geheimdienste der Herrschaftssicherung dienen, ist unsere zentrale Forderung, dass alle Geheimdienste aufgelöst werden müssen.

Wir als Kommunisten wissen natürlich, dass eine grundsätzliche Durchsetzung unserer Forderungen nur in einer sozialistischen Gesellschaft möglich ist.

Henning Mächerle
Direktkandidat der DKP zur Landtagswahl in Gießen

Gießen: Vermeidung von Obdachlosigkeit? S. 4

Deutschland: Verarmung und Profite S. 5

International:
EU-Vorbild Ukraine, KI, Julian Assange S. 6 / 7

Uniklinikum – Nach dem Streik geht’s weiter

Nach dem erfolgreichen Streik am Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM) für einen Entlastungstarifvertrag haben die dortigen Ver.di-Mitglieder dem Ergebnis mit großer Mehrheit (79%) zugestimmt. Jetzt können Redaktionsverhandlungen beginnen, damit alle Vereinbarungen rechtskräftig festgelegt werden. Bei kaum einem anderen Streik in Deutschland waren die Betroffenen so eng in die Verhandlungen einbezogen. Das verhandelte Eckpunktepapier stellt sicher, dass Entlastungen für alle Beschäftigten des UKGM und der Service GmbH wirksam

Fortsetzung auf Seite 2

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Fortsetzung von Seite 1: **Uniklinikum: Nach dem Streik geht´s weiter**

werden. Auch die Auszubildenden werden berücksichtigt. Ver.di geht davon aus, dass am UKGM die bundesweit besten Regelungen zur Verbesserung der Ausbildungsqualität durchgesetzt wurden – eine Belohnung für die starke Beteiligung dieser Gruppe am Arbeitskampf. Viele Auszubildende hoffen jetzt, dass die verbesserten Bedingungen ihren angestrebten Beruf in Zukunft attraktiver machen.

Der Streik hat dazu geführt, dass die Gewerkschaft am UKGM 1.500 neue Mitglieder gewonnen hat. Hoher Organisationsgrad und hohe Beteiligung an der Gewerkschaftsarbeit wird notwendig sein, um die Regelungen des Tarifvertrags in der Praxis durchzusetzen. Auch die 21% der Mitglieder, die nicht zugestimmt haben, müssen dafür gewonnen werden. Die Geschäftsleitung, die natürlich weiterhin profitorientiert bleibt, wird der Belegschaft nichts schenken. Die Solidarität anderer Gewerkschaften und der Bevölkerung wird gebraucht, um die Realisierung aller Verbesserungen durchzusetzen und weitere zu erkämpfen. Wir als DKP werden weiterhin an der Seite der Kolleginnen und Kollegen stehen.

Gernot Linhart

Aktionen in Gießen

Vormaifeier der DKP

Die Vormaifeier der DKP Gießen am 27.04. war sehr gut besucht. Björn Blach (PV und Bezirksvorsitzender der DKP in BaWü) referierte zur aktuellen Rolle der Gewerkschaften und zur wichtigen Aufgabe der Lohnabhängigen in den Gewerkschaften. Erich Schaffner und Georg Klemp untermalten das Programm musikalisch, professionell und künstlerisch auf hohem Niveau.

Antifaschistischer Spaziergang am 9. Mai

Am 9. Mai, dem Tag des Sieges, unternahmen wir gemeinsam mit unseren Bündnispartnern einen „Antifaschistischen Stadtspaziergang“ durch Gießen. Wir gedachten an mehreren geschichtsträchtigen Orten denen, die dem deutschen Faschismus zum Opfer fielen, sich ihm in den Weg stellten und auch denen, die uns von ihm befreiten.

Wir begannen den Spaziergang auf dem Berliner Platz, wo das Mahnmal gegen Faschismus unsere erste Station darstellte. Später führte unsere Route unter anderem an Orte wie das Haus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) in der Schanzenstraße 18, das ehemalige Parteibüro der KPD und auch zum damaligen Wohnort des 1937 verhafteten und im Februar 1945 ermordeten Kommunisten Hans Rosenbaum. An jeder der insgesamt neun Stationen wurden Reden gehalten und die dort geschehenen Gräueltaten benannt. Zum Abschluss sangen wir am Kugelbrunnen das antifaschistische Partisanenlied „Bella ciao“ und lauschten den Worten einer spontan zu uns gestoßenen Kasachin mit wolgadeutschen Vorfahren, die sich unter Tränen ebenfalls gegen Hass und Krieg aussprach.

Mittlerweile findet zunehmend ein Verschweigen der Leistungen der Bevölkerung der Sowjetunion und der Roten Armee statt, die für unsere Befreiung den mit Abstand größten Blutzoll zu zahlen hatten. Das ist ein Geschichtsrevisionismus, den wir nicht hinnehmen. In der Geschichte Deutschlands musste man erleben, welche Folgen der Faschismus, die brutalste Waffe des Kapitalismus, für uns Menschen hat.

Darum sagen wir: **Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus. Für Frieden, Freiheit und Sozialismus.**

L. von SDAJ Gießen

Friday For Future solidarisch mit *Letzte Generation*

In einer Pressemitteilung erklärten sich 30 Fridays For Future Ortsgruppen, darunter die Gießener Gruppe, mit der Letzten Generation und ihren Aktivist*innen für solidarisch: „Fridays For Future und die Letzte Generation nutzen unterschiedliche Protestformen. Aber beide Gruppen verfolgen die gleichen Ziele: eine nachhaltige Veränderung der Klimapolitik und eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Bei allen Unterschieden setzen sowohl Fridays For Future als auch Letzte Generation auf friedliche und gewaltfreie Protestformen“, teilten die Unterzeichnenden Gruppen mit und drückten ihr Verständnis dafür aus, dass die Letzte Generation Blockadeaktionen als legitimes Mittel in Betracht zieht, um auf die Dringlichkeit der Klimakrise aufmerksam zu machen.[...]

Die ganze Pressemitteilung unter: *https://giessen.dkp.de/offener-brief-der-fridays-for-future-ortsgruppen/*

Aktionen in Gießen

600 Kolleg:innen auf der 1. Mai-Demo

Liest man den dazugehörigen Artikel der GAZ, wird der antikapitalistische Block mit einem Halbsatz abgefrühstückt. Schließlich geht es am "Tag der Arbeit" um Burgfrieden und Würstchen Mampfen und nicht um Klassenkampf. Oder etwa doch? Die Schickeria der Gießener SPD, pardon, des DGB, zeigte sich dieses Jahr etwas weniger teilnahmslos als in den Vorjahren. Es scheint ihnen nicht entgangen zu sein, dass der Wind auf "ihrer" Demo von links weht. Der antikapitalistische Block hat sich etabliert und hat trotz dem Ausschluss von Redebeiträgen seine Inhalte gekonnt gesetzt. Kämpferisch und lautstark riefen die Antikapitalist:innen ihre Parolen, bis das Echo sogar im DGB-Jugendblock zu hören war.

Ob Mietenwahnsinn, Pflegenotstand, Preisexplosionen, Faschismus oder Krieg – der antikapitalistische Block benennt die alles vereinende Ursache beim Namen: **Kapitalismus**. Es sind die kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse, die die Ausbeutungs-, Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnisse manifestieren und es ist die Aufgabe der organisierten Arbeiter:innenklasse diese zu überwinden.

Im Gegensatz dazu blieb das Demo-Motto des DGB gewohnt positionslos: "Ungebrochen solidarisch". Mit wem eigentlich?

Der SPD-geführte Dachverband verkauft jede Reallohnsenkung als Erfolg. Ungebrochen solidarisch zeigt sich der DGB-Vorstand auch nicht mit der Friedensbewegung oder der VVN-BdA. "Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus" scheint für die DGB-Chefs keine zeitgemäße Formel mehr zu sein. Auch für den Kampf von Millionen von französischen Kolleg:innen gegen das Rentendekret findet der DGB kein solidarisches Wort. Ein bisschen Solidarität gab es zuletzt Ende 2022, als die Vorsitzende Fahimi sich mit den Arbeitgeberverbänden solidarisierte und ungefragt Bonuszahlungen in der Krise verteidigte. Tja, eine Frau ihrer Klasse (ihr Bruttoeinkommen: 180.000 Euro).

Die Gewerkschaften sind das Stärkste, was die Schwachen haben. Im Hinblick auf den Kurs des DGB sollte das der Arbeiter:innenklasse eine Heidenangst einjagen. Was wir dringend brauchen, ist eine starke, kämpferische und vor allem klassenbewusste Gewerkschaft, die sich aus dem Übel der Sozialpartnerschaft befreit.

ARAG (Antifaschistische Revolutionäre Aktion Gießen), *www.aragantifa.wordpress.com*

Infostand der DKP

Wie jeden Monat waren wir am 06.05. am Kugelbrunnen, um unser Echo zu verteilen, Gespräche zu führen und Unterstützungsunterschriften für die Landtagswahl zu sammeln. Am **03.06.** werden wir wieder dort sein.

Gießen hat Defizite bei der Vermeidung von Obdachlosigkeit

Beim Mieterverein beklagt man: „Die im Wohnraumversorgungskonzept von 2016 angeregte Schaffung einer zentralen Fachstelle für Wohnungsnotfälle ist bis heute nicht umgesetzt. Warum? Andere Kommunen von der Größe Gießens haben eine solche Einrichtung. […] Wohnen ist ein Menschenrecht. Jede Gemeinde steht in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass ihre Bürger nicht wohnungslos werden oder gar auf der Straße die Existenz fristen müssen.“

Mieter zahlen ihre Miete nicht, dann wird der Vermieter aktiv. Bei den größeren Wohnungsanbietern gibt es Abteilungen für Forderungsmanagement. Dort bietet man dem Mieter Hilfsmöglichkeiten an. Ist ein Räumungsprozess dennoch unvermeidlich, informiert das Gericht die Kommune über die drohende Obdachlosigkeit. Spätestens jetzt müsste eine Fachstelle der Stadt aktiv werden. Werden Mietschulden übernommen, kann die Räumung oft abgewendet werden.

Bei einer Räumung kann die Stadt dem Mieter eine Notunterkunft geben, sofern vorhanden. Sonst erfolgt die Unterbringung in einer Obdachloseneinrichtung, sodass die Menschen nicht dauerhaft auf der Straße leben. Sie müssen die Asyle aber tagsüber verlassen. Die Stadt könnte auch eine Wiedereinweisungsverfügung in die bisherige Wohnung für bis zu sechs Monate erlassen, innerhalb derer Mieter, Vermieter und Fachstelle für Wohnungsnotfälle eine Lösung erarbeiten. Das geschieht aber – wahrscheinlich aus Kostengründen – so gut wie nie.

Problematisch wird die Überstellung in eine Obdachlosenunterkunft z. B., wenn Minderjährige mitbetroffen sind, da eine Obdachlosenunterkunft kein adäquates Umfeld für sie ist. Kinder müssten durch das Jugendamt getrennt in Obhut genommen werden. Spätestens jetzt ist eine Fachstelle für Wohnungsnotfälle mit Handlungskompetenz gefragt.

Im Wohnraumversorgungskonzept heißt es: „Um die Prävention vor Wohnungsverlust zu stärken und bestehende Wohnungslosigkeit abzubauen, wird eine Bündelung bestehender Kompetenzen und Ressourcen zur Hilfe in Wohnungsnotfällen an einer zentralen Stelle innerhalb der Verwaltung […] empfohlen. […] Die Bündelung aller Hilfen in einer Organisationseinheit beinhaltet auch die alleinige und abschließende Entscheidungskompetenz der Fachstelle über die einzuleitenden Hilfen.“

„Leider macht sich in Gießen die Stadtverwaltung einen schlanken Fuß und verlässt sich ganz auf die sozialen Träger sowie die Obdachloseneinrichtungen. Es geht nicht an, dass die Kommune ihre eigene soziale Verantwortung zur Vermeidung von Obdachlosigkeit auf andere überträgt“, beklagt man beim Mieterverein.

Aus: Presseinformation des Mietervereins Gießen e.V. vom 24.04.2023 (Stefan Kaisers)

Blick über den Gießener Wohngeld-Rand

Aus dem „Wohngeld“ machte die Bundesregierung am Anfang des Jahres imagewirksam das „WohngeldPlus“. Schließlich musste man die Gemüter beruhigen, die sich über die 100-Milliarden-Aufrüstung der Bundeswehr aufregten. Die Folgen der Veränderung bekommen die Kommunen zu spüren. Sie müssen dafür sorgen, dass Familien, die zusätzlich antragsberechtigt sind, zu ihrem Geld kommen. Dazu gehören Information, Beratung beim Ausfüllen der Anträge und schnelle Bearbeitung. Die Gießener Stadtregierung nimmt den Standpunkt ein, dass die Hauptaufgaben vom Landkreis übernommen werden und hält sich „vornehm“ zurück.

Andere Wege geht die Stadt Marburg. Im Magazin „Studier mal Marburg“ (Heft April 2023) stellte der Magistrat seine Informations- und Hilfsangebote unter der Überschrift „Mehr Wohngeld für mehr Menschen“ zusammen. Viele Menschen wissen nicht, dass sie jetzt wohngeldberechtigt sind. Um sie zu erreichen, verschickte Marburg an alle volljährigen Einwohner Informationsbriefe mit Beratungsmöglichkeiten und dem Link zum Wohngeld-Rechner. In einem Faltblatt informiert das Sozialamt übersichtlich über alle Möglichkeiten finanzieller Unterstützung.

In einfacher Sprache ist eine Anleitung auf der Stadt-Homepage für den Wohngeldantrag im Internet zu finden, verbunden mit der Aufforderung: „Bitte helfen Sie auch anderen Menschen und motivieren Sie sie, sich zu informieren – denn viele Bürger*innen wissen nicht, dass sie ein Recht auf finanzielle Hilfe haben und wie man sie bekommt.“

Um das DGB-Motto des 1. Mai zu benutzen: Marburg zeigt sich „Ungebrochen solidarisch“ mit denen, die finanziell „am Stock gehen“. Das ist wohl auch ein Grund, warum Marburg bei Studenten und anderen Menschen im Beliebtheitsgrad über Gießen steht.

Mario Berger

Die Dividenden steigen und die Proletarier fallen*

* Rosa Luxemburg

Immer mehr Menschen steht das Wasser bis zum Hals. Wer hoffte, dass die Regierung Abhilfe schafft, ist nach einem Jahr Krisenpolitik, „Doppelwumms“ und „Entlastungspaketen“ bitter enttäuscht. In Folge des Wirtschaftskrieges und der damit verbundenen Sanktionen erreichte die Inflation mit 10,5% im Herbst ihr Rekordniveau. Ein Ende der Teuerung ist nicht absehbar.

Besonders hart betroffen sind Haushalte mit niedrigen Einkommen, da Preissteigerungen überwiegend notwendige Güter und Dienstleistungen betreffen. Kosten für Lebensmittel stiegen im August 2022 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 16,6%, bei Haushaltsenergie und Kraftstoffen waren es 35,6%. Die Inflation zwingt Lohnabhängige im unteren und mittleren Lohnsegment zu spürbarem Konsumverzicht. Die Folge ist Wohlstandsverlust bis hinein ins Facharbeitermilieu.

Die Entlastungspakete der Bundesregierung haben an dieser Entwicklung wenig geändert. Die beschlossenen Einmalzahlungen waren zu gering und zu sozial unausgewogen. Die von Gewerkschaften und Sozialverbänden lange geforderte Gaspreisbremse sieht in der neoliberalen Variante der Regierung einkommensunabhängige Abschlagszahlungen vor. In der Folge haben Konzerne und reiche Haushalte überproportional profitiert. Auch das als „Doppelwumms“ bezeichnete 200-Milliarden-Paket zielte nie auf die Verbesserung der Situation von Gering- und Normalverdienern ab. Ziel war vor allem, Unternehmen zu „kapitalisieren“. Tarifbindung, Mitbestimmung oder Arbeitsplatzsicherung als Bedingung für die Auszahlung dieser Mittel war bei den Berliner Koalitionären nie Thema. Eine Reform des Steuersystems, das Superreiche und große Konzerne zur Finanzierung heranzieht, vermisst man. Die Rechnung wird stattdessen den arbeitenden Menschen präsentiert.

Auf der anderen Seite steigerten die hundert größten Unternehmen ihren Umsatz um 30% und die Gewinne um 22% auf 145 Milliarden. Aktionäre kassierten die Dividende: bei Daimler-Benz 5,3 Mrd. Euro, bei BMW 4,4 Mrd. und bei Allianz-Konzern ebenfalls über vier Mrd. Euro. Insgesamt stieg die Dividendenausschüttung der DAX-Konzerne im Krisenjahr auf das Rekordniveau von 55 Mrd. Euro.

„**Die Dividenden steigen, und die Proletarier fallen**“ – treffender als Rosa Luxemburg dies vor über 100 Jahren tat, kann man den vermeintlichen Widerspruch zwischen Verarmung breiter Bevölkerungsschichten sowie Krieg, Krise und gigantischer Profite nicht auf den Punkt bringen.

Ulf Immelt

Medikamentenmangel – der Markt regelt nichts

Es ist kaum zu glauben: In unserem hoch entwickelten Industrieland mit einst weltweit führenden Chemie- und Pharmaindustrie gibt es einen bedrohlichen Mangel an vielen Medikamenten. Apotheken haben oft Probleme, einfache Substanzen wie Fiebersäfte für Kinder oder Blutdrucksenker zu beschaffen. Medikamente gegen Krebs fehlen häufig. Die Industrie lehnt es ab, neue Antibiotika zu entwickeln, weil diese nicht profitabel genug sind. Die Konzerne haben zur Gewinnsteigerung die Methode entdeckt, alte Medikamente mit leichten Veränderungen neu zuzulassen und zu Phantasiepreisen auf den Markt zu bringen. Die alten Produkte werden vom Markt genommen. Gesundheitsminister Lauterbach, bekannt als Pharmalobbyist und Freund der Klinikprivatisierung, denkt sich immer neue Wege aus, um den Mangel zu lindern, er lockt mit höheren Gewinnen und staatlichen Hilfen.

Wie eine gesellschaftlich organisierte Medikamentenversorgung funktionieren kann, zeigt das Entwicklungsland Kuba. Der Staat mit nur elf Millionen Einwohnern und begrenzten Rohstoffvorkommen kann zwar nicht alles Notwendige selbst produzieren, kann aber weit mehr als den Grundbedarf im Land decken. Während der Coronapandemie entwickelte Kuba mehrere hochwirksame Impfstoffe. Die Forscher konnten auf ihre Erfahrungen bei der Entwicklung von Arzneien gegen Infektionen und Tropenkrankheiten zurückgreifen. Fortschrittliche Medikamente auf der Basis von Interferon und monoklonalen Antikörpern, die bei vielen Krankheiten das Immunsystem unterstützen, werden in viele Länder exportiert. Die Ärztebrigade „Henry Reeve“ hilft in vielen Teilen der Welt bei Epidemien und Naturkatastrophen. Welche Möglichkeiten bestünden in einem reichen Land wie Deutschland, wenn im Gesundheitswesen nicht Profite, sondern das Wohl der Menschen im Vordergrund stehen würde?

Gernot Linhart

Offensive des deutschen Imperialismus in Afrika

Von 1884 bis 1919 existierten auf dem afrikanischen Kontinent mehrere deutsche Kolonien. Die bekanntesten umfassten große Gebiete des heutigen Namibias. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges gab es sowohl in der Weimarer Republik, als auch im Dritten Reich Pläne, die Kolonien zurückzugewinnen. Diese wurden aber nie realisiert.

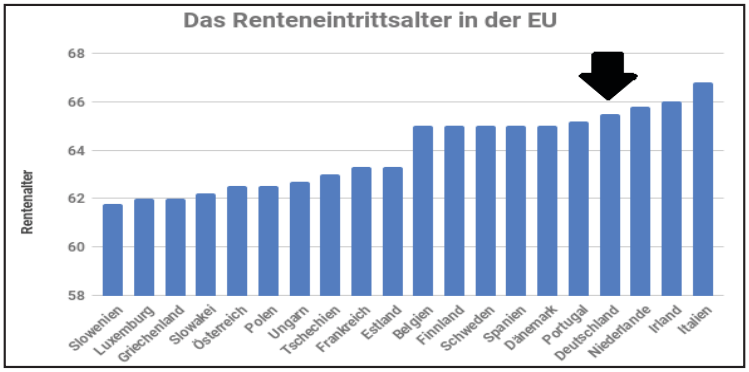
Die Afrikapolitik der BRD konzentrierte sich auf das südliche Afrika, vor allem Südafrika, weil noch aus den Zeiten des Burenkrieges enge Kontakte zu den Buren existierten. Außerdem wollte und konnte die BRD im Kalten Krieg keinen Konflikt mit Frankreich oder den USA riskieren. Nach dem Ende des Kalten Krieges verlor Afrika strategisch für die BRD an Bedeutung. Weder bei Russland noch bei China gab es einen solchen Bruch. Russland konnte fast nahtlos an Kontakte aus sowjetischen Zeiten anknüpfen. Besonders die Kontakte zu Südafrika entwickelten sich, dank der ANC-Regierungen, sehr gut. China verfolgt in Afrika strategische Pläne. Sein Einfluss beruht zum einen auf seinem Vorbild einer historisch beispiellosen Bekämpfung der Armut und zum anderen auf seiner Rolle als alternativer Handelspartner zu den westlichen Staaten. Diese werden in Afrika häufig – als ehemalige Kolonialmächte – äußerst negativ gesehen. Ihr Gerede von „Freiheit und Demokratie“ wird als Heuchelei wahrgenommen. Ein großer Erfolg für Russland und China war die Gründung des BRICS-Bündnisses 2009.

Der Krieg in der Ukraine veranlasst die BRD nun auch in der Afrikapolitik zu einer „Zeitenwende“, jedoch mit deutlich neokolonialer Zielrichtung. Ein aktuelles Beispiel ist Kenia. Kenia wird als Klimachampion bezeichnet, weil es einen großen Teil seiner Energie aus erneuerbaren Energien schöpft. Allerdings ist Kenia kaum industrialisiert und hat somit einen geringen Energiebedarf. Die Armutsquote liegt bei über 36%. Jetzt soll das Land Produzent von sogenanntem „Grünen Wasserstoff“ werden und die BRD will kenianische Fachkräfte abwerben. Das reduziert die Armutsquote bestimmt, weil diese Menschen dann in der BRD leben. So sieht wohl wertebasierte Außenpolitik aus.

Henning Mächerle

Späte Rente, kurzes Leben

Wissenschaftler aus Spanien und Deutschland haben nachgewiesen, dass ein späterer Renteneintritt die Lebenserwartung verkürzt. Das Gemeinschaftsprojekt der Universitäten in Mannheim und Barcelona hat dafür Sozialversicherungsunterlagen aus Spanien analysiert. 1967 wurde dort das Eintrittsalter für den freiwilligen Vorruhestand von 60 auf 65 Jahre angehoben. Wie die Auswertung der Daten aus den Jahren vor und nach der Reform ergab, stieg das Risiko, zwischen 60 und 69 Jahren zu sterben, schon bei einem späteren Renteneintritt von nur einem Jahr um 4,2%. Hinzu kommen laut den Forschern Faktoren wie die körperliche und psychische Belastung am Arbeitsplatz.



EU-Vorbild Ukraine?

Dem ukrainischen Präsidentendarsteller Selenskyj wurde in Aachen mit vielen schönen Reden der Karlspreis verliehen, wegen seiner Verdienste um Europa (gemeint ist die EU).

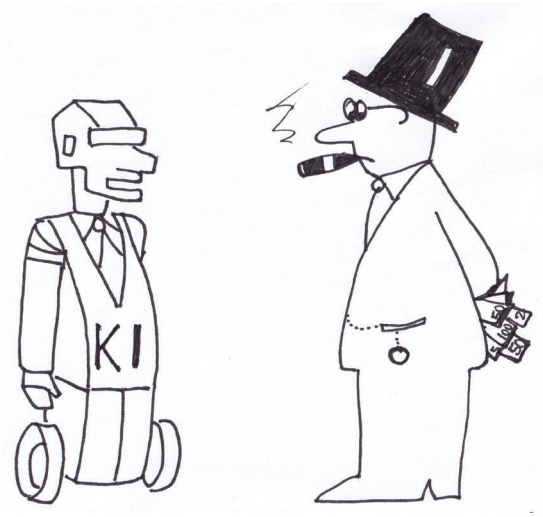
Wenn der Ukraine bescheinigt wird, sie sei auf einem guten Weg in die EU, kann man für dieses Staatengebilde nichts Gutes erwarten. Linke Oppositionsparteien sind dort verboten, die Gewerkschaftshäuser beschlagnahmt, Tarifverträge abgeschafft, die Religionsfreiheit eingeschränkt, 150 Millionen Bücher wurden aus Bibliotheken entfernt und vernichtet (weil in russischer Sprache oder von Russen geschrieben), Reden über Frieden oder Zweifel am Endsieg werden mit Gefängnis und Einzug des Vermögens bestraft, Korruption blüht wie eh und je. Von Selenkyjs Millionen auf den Schwarzgeldkonten in der Karibik redet niemand mehr, seit er in olivgrünen maßgefertigten T-Shirts oder Pullovern den Helden spielt. In der Ukraine werden Nazikollaborateure und Judenmörder wie Bandera und das SS-Regiment „Galizien“ mit Denkmälern und Straßennamen geehrt, in der Armee gibt es Einheiten, die sich mit SS-Symbolen wie Schwarze Sonne und Wolfsangel schmücken. Ein besseres Vorbild für eine militarisierte EU ist kaum vorstellbar. Antifaschismus bleibt notwendiger als je zuvor.

Gernot Linhart

Künstliche Intelligenz und Kapitalismus

ChatGPT ist in aller Munde. Dieser Chat-Bot wurde und wird durch die Firma OpenAI programmiert. Das Non-Profit-Mutterunternehmen kontrolliert die gewinnorientierte Tochtergesellschaft OpenAI LP. Wichtigster Kooperationspartner ist Microsoft, der Konzern hat bis jetzt zwei Milliarden Dollar investiert. ChatGPT soll Teil der Microsoft-Software-Teams werden. Der wichtigste Spender ist Elon Musk.

Offiziell beschäftigt sich das Unternehmen mit der Erforschung der Risiken von Künstlicher Intelligenz (KI). Aber die KI ist vor allem für das Kapital ein zentraler Zukunftsmarkt. Es können nicht nur Milliarden verdient und die marktbeherrschende Stellung von Konzernen erweitert werden, sondern es locken traumhafte Rationalisierungsmöglichkeiten. Zwei Drittel aller Berufe werden von KI betroffen sein, das sind weltweit ca. 300 Millionen Arbeitsplätze, z. B. Mathematiker, Programmierer, aber auch Journalisten. Am wenigsten betroffen sind Köche, Kfz-Mechaniker und die Forst- und Landwirtschaft. Das Ganze hat nichts mit Zauberei zu tun, hat aber enorme Auswirkungen auf unsere Leben. Die KI-Systeme sind noch dumm. Sie verstehen die Themen nicht, welche sie bearbeiten. Die Grundtechnologie ist einfach, immer das nächste Wort vorherzusagen. Dabei benötigt diese Technik riesige Mengen an Trainingsdaten und verbraucht dementsprechend enorm viel Energie. Derweil werden jetzt schon immer mehr Entscheidungen von Maschinen getroffen. Wer bekommt einen Kredit, eine bestimmte Versicherung usw.? Die KI eröffnet ungeahnte Möglichkeiten der Überwachung und führt zu einer massenhaften Abqualifizierung von Menschen. Von Marx und Engels stammt folgende Aussage: "Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche herrschende Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht." KI lernt auf Basis der realen Daten des Internets, die die vorherrschende Meinung und damit die Meinung der herrschenden Klasse widerspiegeln. ChatGPT erzeugt nicht einfach Texte, sondern Texte im Sinne der Ideologie der herrschenden Klasse.



"Wenn ich wirklich intelligent wäre,
würde ich erfinden,
dass man Sie nicht braucht."

Henning Mächerle

Freiheit für Julian Assange

Der australische Internet-Journalist Julian Assange wird seit mehr als vier Jahren in einem britischen Hochsicherheitsgefängnis eingesperrt, ohne Gerichtsurteil, lediglich aufgrund eines Auslieferungsantrags der US-Regierung. Davor hielt er sich schon mehr als zehn Jahre in der Botschaft Ecuadors in London auf, um einer Verhaftung zu entgehen. Anlässlich der als „Krönung" gefeierten Einsetzung des Mr. Charles Windsor als Oberhaupt mehrerer Staaten, lud Assange diesen in das Gefängnis ein – schließlich scheint die Einrichtung Mr. Windsor zu gehören, denn vor dessen Namen steht „HM", was „His Majesty´s" bedeutet.

Assange schilderte seinen Gefängnisalltag: 23 Stunden am Tag allein in der Zelle, weder Mahlzeiten noch Hofgang in Gemeinschaft, wie man es aus Filmen kennt, Kontakt nur mit Gefängniswärtern, ab und zu mit Anwälten oder bei selten genehmigten Besuchen. Der Grund für Haft und Auslieferungsantrag ist bekannt: Er hat Kriegsverbrechen der US-Armee im Irak im Internet bekannt gemacht. Dafür soll er in den USA zu mindestens 175 Jahren Gefängnis verurteilt werden.

Keine der Regierungen aus EU- oder NATO-Staaten, die gerne über Menschenrechtsverletzungen in anderen Teilen der Welt reden, setzen sich für ihn ein. Auch diejenigen, die als Oppositionspolitiker die Freilassung gefordert hatten, vergaßen das, sobald sie in eine Regierung eintraten. Frau Baerbock ist da nur eines der Beispiele. Lediglich die Regierung seines Heimatlandes Australien unterstützt Assange seit einem Regierungswechsel.

Mr. Windsor hat die Einladung natürlich ignoriert. Mit ihm ist nicht zu rechnen. Deswegen ist weiter eine internationale Bewegung wichtig, um Assanges Auslieferung zu verhindern und seine Freilassung zu erreichen.

Gernot Linhart

Termine

Fragen oder Anmeldungen an *giessen@dkp.de*

Sa. 03.06.2023 ab 10:30 Uhr:
Kundgebung / Infostand der DKP GI am Kugelbrunnen mit dem Direktkandidaten zur Landtagswahl Henning Mächerle

Mi. 07.06.2023 um 19 Uhr:
Gruppenabend / MV DKP GI, Versailles-Zi., Kongresshalle

Mi. 14.06.2023 um 19 Uhr:
95. Geburtstag Che Guevaras mit Reden, Musik und Mojito; Chamäleon, Reichensand 9

Do. 15.06.2023 um 18 Uhr:
Bildungsabend der DKP, Ederstr. 16

17. und 18.06.2023:
Fahrt und Wochenendseminar Gedenkstätte Struthof, Frankreich; weitere Informationen siehe rechts

Mi. 21.06.2023:
Redaktionsschluss Juli-Echo

Fr. 23.06.2023 um 19 Uhr:
Stammtisch im Chamäleon

Di. 27.06.2023 um 18 Uhr:
Kundgebung "Heizung, Brot und Frieden" am Kugelbrunnen

Sa. 01.07.2023 ab 10:30 Uhr:
Kundgebung / Infostand der DKP GI am Kugelbrunnen

Do. 06.07.2023 um 19 Uhr:
Gewerkschaften in der Krise – wie kommen wir in die Offensive? Mit Orhan Akman, Ulf Immelt und weiteren; Versailles-Zimmer, Kongresshalle

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Was vor **50 Jahren** aktuell war, ist es leider heute immer noch: Mangel an bezahlbaren Wohnungen. Fast alle Wohnungsanzeigen wurden von Maklern in die Zeitungen gesetzt, wer eine Wohnung bekam, musste in der Regel zwei Monatsmieten an den Makler zahlen. Die DKP forderte, diese Abzocke zu beenden und eine kommunale Wohnungsvermittlung einzurichten.

Vor **40 Jahren** war die Friedensbewegung gegen atomare Mittelstreckenraketen in Deutschland auf einem Höhepunkt. In Gießen waren 2.500 Unterschriften gegen Atomwaffen in unserer Stadt gesammelt worden. Stadtverordnetenvorsteher Möller (CDU) weigerte sich, die Unterschriften entgegenzunehmen. Ein Berichtsantrag der Grünen (damals noch friedensbewegt) zur Hochrüstung erwirkte, dass sich das Stadtparlament trotzdem mit dem Thema beschäftigten musste. Erstaunlicherweise bekam der Antrag quer durch alle Parteien eine Mehrheit.

Vor **30 Jahren** wurde ein damals seit fünf Jahren übliches internationales Kulturfest am 1. Samstag im Juni vom Ausländerbeirat abgesagt. Vorausgegangen waren bundesweit mehrere schwere Anschläge mit Verletzen und Toten auf Wohnungen von Ausländern. Statt des Festes fanden in der Innenstadt eine Demonstration und eine Kundgebung gegen Ausländerfeindlichkeit statt.

Vor **20 Jahren** hieß es „Drei reichen“. Gemeint war damit die Zahl der hauptamtlichen Stadträte bzw. Stadträtinnen. Die Stadtverordnete der Bürgerliste Elke Koch-Michel hatte ein Bürgerbegehren zu diesem Thema gestartet. Seitdem ist es üblich, dass die jeweilige Opposition gegen die vierte hauptamtliche Stelle ist.

Vor **10 Jahren** gab es mehrere Warnstreiks im Gießener Einzelhandel. Die Unternehmer hatten den Manteltarifvertrag gekündigt. Sie wollten Zulagen für Spätöffnung sowie Sonn- und Feiertagsarbeit streichen. Seitdem müssen sich die Beschäftigten immer wieder gegen solche Angriffe auf ihre Rechte und ihr Geld zur Wehr setzen.

Gernot Linhart

17. und 18.06.2023:
Fahrt und Wochenendseminar nach Struthof, Frankreich

- Besuch und Führung Gestapo-Lager Neue Bremm in Saarbrücken
- Aussprache mit einem Zeitzeugen
- Besuch und Führung durch das ehemalige Konzentrationslager Natzweiler-Struthof
- Übernachtung Jugendherberge

Informationen und Anmeldung bis 10.06. bei Axel Brück: 0162 2557096

Unterstütze uns mit deiner Unterschrift

Wir sammeln **Unterstützungsunterschriften für die Landtagswahl in Hessen** am 08.10.

Informationen für das Ausfüllen des Unterstützungsformblattes findest Du unter *www.giessen.dkp.de*

Sende uns den ausgefüllten und unterschriebenen Vordruck bitte per Post an uns zurück.

Gießener Echo

Bitte Abogebühren bezahlen! Da die Druckkosten innerhalb eines Jahres um 28,3 % gestiegen sind, benötigen wir Spenden, um das Echo weiter in gleicher Qualität und Umfang herstellen zu können.

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten). **Konto:** IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an: Gießener Echo, Postfach 110340, 35348 Gießen – **E-Mail:** *giessen@dkp.de* – **Internet:** *www.giessen.dkp.de*